

Vertretung des Freistaates Bayern
bei der Europäischen Union
in Brüssel



Europabericht 17/2008
vom 10.10.2008

EUROPABERICHT NR.: 17/2008

Aktuelle Entwicklungen auf der Europäischen Ebene

Geschäftsbereich Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament

**WESENTLICHE ERGEBNISSE DER MINIPLENARSITZUNG AM 08./09./10. OKTOBER 2008
IN BRÜSSEL**

Schwerpunkt des Plenums war die Vorbereitung des Europäischen Rates (ER) vom 15. und 16.10.2008, der sich insbesondere mit der Krise der Finanzmärkte, aber auch mit dem Klimapakete, dem Einwanderungs- und Asylpaket, sowie dem weiteren Vorgehen bei der Ratifizierung des Vertrages von Lissabon befassen wird. Im Hinblick auf die Finanzkrise forderten die Abgeordneten ein koordiniertes Vorgehen der EU und kritisierten den Mangel an effektiver Kontrolle und Regulierung der Finanzmärkte. In einer feierlichen Sitzung bedankte sich die frühere kolumbianische FARC-Geisel *Ingrid Betancourt* in einer bewegenden Rede für die Unterstützung des EP und bezeichnete das Wort als „die schärfste aller Waffen“. Weiter entschied das EP, die Symbole der EU, wie die Flagge, die Hymne oder den Leitspruch „in Vielfalt geeint“ zu übernehmen, obwohl im Vertrag von Lissabon auf diese Symbole verzichtet wurde. Das Plenum befasste sich weiterhin mit der Lage in Weißrussland und der Unterbrechung der Doha-Runde im Rahmen der WTO.

Im gesetzgeberischen Bereich forderten die Abgeordneten in Form von Initiativberichten ein gemeinsames Vorgehen gegen Wasserknappheit und Dürre, die Verstärkung des Kampfes gegen die Schwarzarbeit, die Bekämpfung der Armut in der EU, sowie eine gemeinsame EU-Gesundheitspolitik von 2008 bis 2013 (siehe zu den einzelnen Themen auch die Beiträge der jeweiligen Ressorts).

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/tous_les_infopress/default/default_de.htm

**ERWEITERUNG: 4,5 MILLIARDEN EURO FÜR DIE TÜRKEI UND DIE STAATEN DES
WESTLICHEN BALKANS BIS 2010**

Die Europäische Kommission hat am 29.09.2008 bekannt gegeben, dass die EU im Rahmen der sog. Vorbeitrittshilfen (IPA-Programm) der Türkei und den Staaten des westlichen Balkans, Kroatien, Mazedonien, Albanien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Serbien und der Kosovo, von 2008 bis 2010 knapp 4,5 Mrd. Euro zur Verfügung stellen wird. Die Türkei erhält mit fast 1,8

Milliarden Euro den Löwenanteil dieser Mittel. Weitere 485 Mio. Euro sind für grenzüberschreitende Programme vorgesehen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1425&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

TRANSPARENZINITIATIVE: NEUE WEBSITE ÜBER EMPFÄNGER VON EU MITTELN

Als Teil ihrer Transparenzinitiative (s. EB 09/06) hat die Kommission am 02.10.2008 die Datenbank „Finanztransparenzsystem“, ins Netz gestellt, die erstmals freien Zugriff zu Informationen über Empfänger von EU-Mitteln liefert, die von der Kommission und den Exekutivagenturen direkt verwaltet werden. Die Datenbank enthält etwa 28 000 Einträge zu Programmen in den Bereichen Forschung, Bildung, Energie und Verkehr sowie zu verschiedenen Aspekten der Hilfe für Drittländer. Parallel dazu ist jeder Mitgliedstaat aufgefordert, bis zum 30. September 2008 eine Website mit Angaben über die Zahlungen aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds einzurichten, die zwischen dem 1. Januar und dem 15. Oktober 2007 für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) getätigt wurden.

Webseite über das Finanztransparenzsystem:

http://ec.europa.eu/grants/search/index_de.htm

Zentrales Kommissionsportal für Finanzhilfen: http://ec.europa.eu/grants/beneficiaries_de.htm

Webportal für Empfänger von Zahlungen für die Entwicklung des ländlichen Raumes:

http://ec.europa.eu/agriculture/funding/index_de.htm

„Europäischen Transparenzinitiative“:

http://ec.europa.eu/commission_barroso/kallas/transparency_en.htm

Geschäftsbereich Staatsministerium des Inneren

RAT JUSTIZ UND INNERES AM 25.09.2008 IN BRÜSSEL: INNENPOLITIK

1. Migrationspakt angenommen und dem Europäischen Rat zugeleitet
2. Innenminister noch nicht ganz einig über „Blue Card“
3. Beschluss über irakische Flüchtlinge erneut vertagt
4. Debatte über weite EuGH-Auslegung der Freizügigkeitsrichtlinie

NEUE KOMMISSIONSMITTEILUNGEN ZUR EINWANDERUNGSPOLITIK

Die 3 neuen Mitteilungen enthalten keine Vorschläge für neue Rechtsakte.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1473&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

1. Bericht zur Familienzusammenführungsrichtlinie: Umsetzung im Wesentlichen zufriedenstellend, Harmonisierungsniveau der Richtlinie zu gering, Debatte über künftige Politik auf der Basis eines Grünbuchs angekündigt

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/08/611&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

2. Mitteilung zum „Global Approach“: Die EU hat 2005 einen Gesamtansatz zur Migrationsfrage (Global Approach) beschlossen, in dem die außenpolitischen Aspekte der europäischen Migrationspolitik zusammengefasst sind. Mit der Mitteilung will die Kommission über die bisherige Arbeit berichten und konkrete Schritte zur Umsetzung des europäischen Migrationspakts vorschlagen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/08/613&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

3. Beitrag zur Ministerkonferenz über Integration am 3./4.11.2008 in Vichy: Die Kommission legt einen Beitrag für die von der französischen Präsidentschaft in Anknüpfung an frühere Treffen, etwa unter deutscher Präsidentschaft in Potsdam im Mai 2007, veranstaltete Konferenzen vor.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/08/612&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

KOMMISSION SCHLÄGT ABKOMMEN MIT GEORGIEN ÜBER RÜCKÜBERNAHME UND VISAERLEICHTERUNGEN VOR

Die Kommission hat Vorschläge für Verhandlungsmandate zur Aushandlung von Rückübernahme- und Visaerleichterungsabkommen zwischen der EU und Georgien vorgelegt. Sobald der Rat die Mandate annimmt, kann die Kommission die Verhandlungen aufnehmen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1406&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

KOMMISSION BESCHLIEßT RAHMENRICHTLINIE ZUM VERTRAGLICHEN VERBRAUCHERSCHUTZ

Die Kommission hat am 8.10.2008 einen Vorschlag für eine Rahmenrichtlinie zum vertraglichen Verbraucherschutz vorgelegt. Die vorgeschlagene Verbraucherrechtsrichtlinie vereinfacht vier bestehende EU-Richtlinien zum Verbraucherschutz und reformiert das bestehende europäische Verbraucherrecht sowohl für Einkäufe im Internet als auch im Geschäft grundlegend.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1474&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/08/609&format=HTML&aged=0&language=EN>

http://ec.europa.eu/consumers/rights/docs/Directive_final_DE.pdf

WETTBEWERBSFÄHIGKEITSRAT VOM 25./26.9.2008 FÜR VERSTÄRKT BEKÄMPFUNG VON FÄLSCHUNGEN UND PRODUKTPIRATERIE

Der Wettbewerbsfähigkeitsrat vom 25. und 26.9.2008 fasste eine „Entschließung des Rates über einen europäischen Gesamtplan zur Bekämpfung von Nachahmungen“.

http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/intm/103101.pdf

AUFHEBUNG DER EU-BUCHFÜHRUNGSPFLICHTEN FÜR KLEINSTUNTERNEHMEN UND VEREINFACHUNGEN FÜR AKTIENGESELLSCHAFTEN

Bei der Novellierung der Buchführungsrichtlinien soll es den Mitgliedstaaten ermöglicht werden, Kleinstunternehmen („micro entities“) davon freizustellen. Der Verwaltungsaufwand bei Verschmelzung und Spaltung von Aktiengesellschaften soll verringert werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/08/589&type=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/internal_market/company/docs/simplification/20080925commprop_de.pdf

ANHÖRUNG DER KOMMISSION ZUR JUSTIZ- UND INNENPOLITIK

Die Kommission hat eine öffentliche Anhörung zu Fragen der Justiz- und Innenpolitik eingeleitet, die das Nachfolgeprogramm zum auslaufenden Haager-Programm vorbereiten soll.

http://ec.europa.eu/justice_home/news/consulting_public/0001/consultation_questionnaire_de.doc

FINANZMARKTKRISE: SCHLUSSFOLGERUNGEN DES ECOFIN-RATES VOM 7. OKTOBER 2008

Der Ecofin-Rat hat am 7. Oktober 2008 bekräftigt, dass die Wiederherstellung des Vertrauens und des reibungslosen Funktionierens des Finanzsektors oberste Priorität genieße und verabschiedete hierzu Schlussfolgerungen, die dem Europäischen Rat vom 15./16. Oktober vorgelegt werden.

EP FORDERT KOORDINIERTES VORGEHEN IN FINANZKRISE

Die Mehrheit der Abgeordneten des EP forderten am 8. Oktober 2008 in ihrer Debatte zum EU-Gipfel am 15./16. Oktober 2008, dass die EU koordiniert, gemeinsam und schnell auf die Finanzkrise reagieren müsse. Unabgestimmte nationale Maßnahmen könnten sich negativ auswirken. Zahlreiche Abgeordnete kritisierten den Mangel an effektiver Kontrolle und Regulierung der Finanzmärkte. Es gebe großen Handlungsbedarf.

SONSTIGE ERGEBNISSE DES ECOFIN-RATES VOM 7. OKTOBER 2008

Auf dem Ecofin-Rat wurde insbesondere noch die Solvency II-Richtlinie erörtert (siehe auch Beitrag des StMWIVT in diesem EB, Punkt I.). Außerdem verabschiedete der Rat u. a. Schlussfolgerungen zu den Themen Finanzaufsicht, Managementgehälter und verstärkte Zusammenarbeit der Steuerverwaltungen der Mitgliedstaaten im Bereich der MwSt..

http://www.consilium.europa.eu/cms3_applications/Applications/newsRoom/related.asp?BID=93&GRP=14082&LANG=1&cmsId=339

NEUE WEBSEITE INFORMIERT ÜBER EMPFÄNGER VON EU-MITTELN

Die Kommission hat am 2. Oktober 2008 die Webseite „Finanztransparenzsystem“, ins Netz gestellt und damit erstmals freien Zugriff auf Einzelheiten zu den Empfängern jener EU-Mittel ermöglicht, die von der Kommission und den Exekutivagenturen direkt verwaltet werden.

Nähere Informationen zum Finanztransparenzsystem finden Sie unter:

http://ec.europa.eu/grants/search/index_de.htm

Zur Europäischen Transparenzinitiative unter:

http://ec.europa.eu/commission_barroso/kallas/transparency_en.htm

ECOFIN VERSCHIEBT ENTSCHEIDUNG ZU SOLVENCY II

Die EU-Finanzminister haben sich bei ihrer Tagung am 07.10.2008 noch nicht auf eine gemeinsame Position zu einem künftigen System zur Versicherungsaufsicht einigen können. Dagegen hat parallel am 07.10.2008 der federführende Wirtschaftsausschuss im Europäischen Parlament einem Kompromiss zu Solvency II zugestimmt, der von beiden großen Fraktionen EVP-ED und SPE getragen wird.

[http://www.ue2008.fr/PFUE/cache/offonce/lang/de/accueil/PFUE-07.10.2008/ECOFIN_results.jsessionid=D5A7633EE1FA4332E4420D0D999BDDA1](http://www.ue2008.fr/PFUE/cache/offonce/lang/de/accueil/PFUE-10_2008/PFUE-07.10.2008/ECOFIN_results.jsessionid=D5A7633EE1FA4332E4420D0D999BDDA1)
http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/042-38795-280-10-41-907-20081006IPR38794-06-10-2008-2008-false/default_de.htm

EUROPÄISCHE KOMMISSION SCHLÄGT SCHÄRFERE EIGENKAPITALVORSCHRIFTEN FÜR BANKEN VOR

Die Europäische Kommission hat am 01.10.2008 eine Neufassung der EU-Richtlinie für die Eigenkapitalausstattung der Banken vorgelegt, mit der sie die Stabilität des Finanzsystems erhöhen, die Risiken verringern und die Überwachung von EU-weit tätigen Banken verbessern möchte. Der nunmehr vorgelegte Vorschlag ist Ergebnis einer breit angelegten Konsultation internationaler Partner, der Mitgliedstaaten und des Bankensektors. Nach Willen der Kommission und der Mitgliedstaaten soll der Richtlinienvorschlag noch vor April 2009 von EU-Ministerrat und Europäischem Parlament verabschiedet werden.

http://ec.europa.eu/internal_market/bank/regcapital/index_de.htm

KOMMISSION VERABSCHIEDET GRÜNBUCH ZUM TERRITORIALEN ZUSAMMENHALT

Die Europäische Kommission hat am 06.10.2008 das Grünbuch zum territorialen Zusammenhalt verabschiedet. Mit diesem möchte sie eine breite öffentliche Debatte zur Stärkung der territorialen Dimension im Rahmen der Regional- und Strukturpolitik beginnen. Bislang ist das Konzept der territorialen Kohäsion, das nach dem Vertrag von Lissabon neben die ökonomische und soziale Kohäsion treten soll, relativ vage. Mit den im Grünbuch gestellten Fragen, die bis Ende Februar 2009 beantwortet werden können, soll dieses konkretisiert werden. Die Ergebnisse der Konsultation werden voraussichtlich im 6. Zwischenbericht zum wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt im Mai 2009 veröffentlicht.

http://ec.europa.eu/regional_policy/consultation/terco/index_de.htm

ERGEBNISSE DES WETTBEWERBSFÄHIGKEITS- UND DES WELTRAUMRATES

Hauptpunkt des Wettbewerbsfähigkeitsrates am 25.09.2008 war ein Meinungsaustausch zum Aktionsplan der EU-Kommission zu einer nachhaltigen Industrie- und Produktpolitik. In diesem Zusammenhang verabschiedete der Rat Schlussfolgerungen zur grünen Beschaffung. In Bezug auf reduzierte MwSt.-Sätze für energieeffiziente Produkte konnte Deutschland durchsetzen, dass keine Vorfestlegung in die Schlussfolgerungen aufgenommen werden soll.

http://www.ue2008.fr/PFUE/lang/de/accueil/PFUE-09_2008/PFUE-25.09.2008/resultats_du_conseil_competitivite

BINNENMARKTAUSSCHUSS BESCHLIEßT RÜSTUNGSPAKET

Der Binnenmarktausschuss des Europäischen Parlaments hat am 07.10.2008 die Berichte von *Alexander Graf-Lambsdorff* (ALDE/D) zu einer Richtlinie über öffentliche Aufträge im Bereich Verteidigung und Sicherheit sowie *Heide Rühle* (Grüne/D) zur Vereinfachung der Bedingungen für die innergemeinschaftliche Verbringung von Verteidigungsgütern verabschiedet.

VERKEHRSAUSSCHUSS VERABSCHIEDET IN ZWEITER LESUNG RICHTLINIE ZU FLUGHAFENGEBÜHREN

Der Verkehrsausschuss des Europäischen Parlaments hat am 07.10.2008 in zweiter Lesung die Richtlinie zu Flughafenentgelten verabschiedet. Er hat damit die mit dem Rat ausgehandelte Einigung gebilligt. Die Richtlinie soll mit einheitlichen Kriterien für mehr Transparenz und ein faireren Wettbewerb zwischen den Flughäfen sorgen.

UMWELTAUSSCHUSS ENVI UNTERSTÜTZT KOMMISSIONSVORSCHLAG ZUM ETS – INDUSTRIE SOLL EMISSIONSRECHTE VOLL BEZAHLEN

Mit großer Mehrheit (44 Ja-Stimmen, 20 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung) hat der Umweltausschuss ENVI des Europäischen Parlaments am 07.10.2008 den Vorschlag zur Revision der RL 2003/87/EG zum Treibhausgasemissionshandel (ETS, Emission Trading System) angenommen. Siehe hierzu Beitrag im Bereich des StMUGV, Punkt I.

In der gleichen Sitzung hat sich der Umweltausschuss auch für den Vorschlag zu einer unterirdischen CO₂-Speicherung ausgesprochen.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/064-38799-280-10-41-911-20081006IPR38798-06-10-2008-2008-false/default_de.htm

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/064-38803-280-10-41-911-20081006IPR38802-06-10-2008-2008-false/default_de.htm

KOMMISSION LEITET VERTRAGSVERLETZUNGSVERFAHREN GEGEN SLOWENIEN WEGEN MAUT EIN

Die Europäische Kommission hat am 02.10.2008 beschlossen, an Slowenien ein Aufforderungsschreiben zu richten, um gegen die diskriminierende Behandlung gelegentlicher Nutzer slowenischer Mautstraßen vorzugehen. Zum 01.07.2008 hatte Slowenien eine Regelung eingeführt, wonach ausschließlich Jahres- und 6-Monatsvignetten für PKW und Jahresvignetten für Motorräder angeboten werden. Nach Ansicht der Kommission werden damit Personen, die in anderen Mitgliedstaaten wohnen, diskriminiert. Slowenien hat nun einen Monat Zeit, auf die Vorwürfe der Kommission zu antworten.

ASHTON SOLL MANDELSON ALS HANDELSKOMMISSARIN BEERBEN

Catherine Margaret Ashton soll *Peter Mandelson* als EU-Kommissarin für Außenhandel nachfolgen. Dies war erforderlich geworden, nachdem *Peter Mandelson* als Minister für Wirtschaft, Unternehmen und Regulationsreform in die Regierung des Vereinigten Königreichs berufen worden ist. Nach der bereits erfolgten Zustimmung des Rates muss nun das Parlament der Ernennung noch zustimmen.

Geschäftsbereich Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten

ERGEBNISSE DES AGRARRATES AM 29. UND 30. SEPTEMBER 2008 IN BRÜSSEL

Im Rahmen des Agrarrates wurden zur Diskussion um den GAP-Gesundheitscheck 20-minütige trilaterale Gespräche zwischen der Kommission, der Präsidentschaft und den einzelnen Mitgliedstaaten geführt. Der größte Differenzpunkt zwischen den Mitgliedstaaten betrifft die Milchquote. Einzelne Mitgliedstaaten fordern eine deutliche Erhöhung in den kommenden Jahren, während andere ein Auslaufen der Milchquote ablehnen. Die Meinungen der Mitgliedstaaten gehen nach wie vor auch bei der Steigerung der Modulationsrate und der weiteren Entkopplung weit auseinander. Um die Verhandlungen zu forcieren, wird eine „High Level Group“ (unterhalb Ministerrang) eingesetzt. Weitere Themen waren die Nahrungsmittelhilfe für bedürftige Menschen in der EU, das Schulobstprogramm und die Verwendung nicht benötigter GAP-Mittel für das „Phasing in“ der Direktzahlungen in den neuen Mitgliedstaaten, die Wiedereinführung von Getreidezöllen und die Blauzungenkrankheit.

<http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/newsWord/en/agricult/103161.doc>

ERGEBNISSE DER ABSTIMMUNGEN IM AUSSCHUSS FÜR LANDWIRTSCHAFT UND LÄNDLICHE ENTWICKLUNG

In den Sitzungen des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung am 6. und 7. Oktober wurden die Berichte zum GAP Health Check, Schulobstprogramm und Finanzhilfe für Landwirte in Entwicklungsländern angenommen. Bei der im Rahmen des Health Checks von der Kommission geforderten Erhöhung der Modulation votieren die Abgeordneten für niedrigere Sätze. Einigung erzielte der Ausschuss für die Erhöhung der Milchquote um 1 % in den Jahren 2009 und 2010. Die Einrichtung eines Milchfonds wird begrüßt. Die Vorschläge müssen nun vom Plenum des Europäischen Parlaments angenommen werden.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/032-38807-280-10-41-904-20081006IPR38806-06-10-2008-2008-false/default_de.htm

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/028-38793-281-10-41-903-20081006IPR38792-07-10-2008-2008-false/default_de.htm

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/032-38805-280-10-41-904-20081006IPR38804-06-10-2008-2008-false/default_de.htm

„KONGRESS DER LANDWIRTE 2008: VISIONEN FÜR DIE ZUKUNFT DER AGRARPOLITIK IN EUROPA“ AM 30.09.08 UND 01.10.08 IN BRÜSSEL

COPA COGECA (Vertreter der berufsständischen landwirtschaftlichen Organisationen und der landwirtschaftlichen Genossenschaften in der EU) präsentierte im Rahmen eines Kongresses in Brüssel ihre Visionen für die Zukunft der Agrarpolitik in Europa. Im Zentrum steht die Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung in der EU. Weitere Ziele sind die Sicherstellung der Nahrungsmittelproduktion und deren Vielfalt in den verschiedenen ländlichen Gebieten, Anerkennung der Bedeutung der Landwirtschaft in den ländlichen Räumen als Wirtschaftskraft und deren Beitrag für die Beschäftigung, Schutz der Biodiversität, Beitrag im Kampf gegen den Klimawandel und die Notwendigkeit von fairen Perspektiven für die künftigen Generationen, die in der Landwirtschaft tätig sind. Kommissarin Fischer Boel warnte davor, Nahrungsmittelsicherheit mit Autarkie zu verwechseln.

http://www.farmerscongress.eu/declaration_de.html

KOMMISSION VERABSCHIEDET GRÜNBUCH ZUM TERRITORIALEN ZUSAMMENHALT

Die Europäische Kommission hat am 06.10.2008 das Grünbuch zum territorialen Zusammenhalt verabschiedet. Mit diesem möchte sie eine breite öffentliche Debatte zur Stärkung der territorialen Dimension im Rahmen der Regional- und Strukturpolitik beginnen. Bislang ist das Konzept der territorialen Kohäsion, das nach dem Vertrag von Lissabon neben die ökonomische und soziale

Kohäsion treten soll, relativ wage. Mit den im Grünbuch gestellten Fragen, die bis Ende Februar 2009 beantwortet werden können, soll dieses konkretisiert werden. Die Ergebnisse der Konsultation werden voraussichtlich im 6. Zwischenbericht zum wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt im Mai 2009 veröffentlicht (s. hierzu Bericht aus dem Geschäftsbereich des StMWIVT in diesem EB).

http://ec.europa.eu/regional_policy/consultation/terco/index_de.htm

KOMMISSION LEITET PHASE II DER TEEB-STUDIE ZU WIRTSCHAFTLICHEN AUSWIRKUNGEN DES VERLUSTES DER ARTENVIELFALT EIN

Die Europäische Kommission hat am 01.10.2008 erneut dazu aufgerufen, Nachweise für die wirtschaftlichen Auswirkungen des Verlustes der Artenvielfalt und von sog. „ökosystemaren Dienstleistungen“ vorzulegen. Zum Abschluss von Phase I der globalen TEEB-Studie „Die Ökonomie von Ökosystemen und der Biodiversität“ (TEEB, The Economics of Ecosystems and Biodiversity) werden alle interessierten Kreise aufgerufen, Beiträge, insbesondere in Form von wissenschaftlichen Gutachten, Berichten und Studien, an die Kommission zu senden. Die Beiträge können bis zum 31.03.2009 eingereicht werden (s. hierzu Bericht aus dem Geschäftsbereich des StMUGV in diesem EB).

http://ec.europa.eu/environment/nature/biodiversity/economics/index_en.htm

Geschäftsbereich Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

TAGUNG DES RATES FÜR BESCHÄFTIGUNG, SOZIALPOLITIK, GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ AM 02. OKTOBER 2008

Die Minister für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz der EU-Mitgliedstaaten haben bei ihrer Tagung am 02. Oktober in Luxemburg eine Orientierungsdebatte zur geplanten Antidiskriminierungsrichtlinie geführt, ein Europäisches Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung für das Jahr 2010 beschlossen, sowie den Verhandlungsstand zur Richtlinie zum Europäischen Betriebsrat und den Zwischenbericht der Mission „Flexicurity“ diskutiert. Bei der Orientierungsdebatte zur Antidiskriminierungsrichtlinie (KOM (2008) 426) unterstützte eine große Zahl von Mitgliedstaaten den Vorschlag prinzipiell. Deutschland, Tschechien und Malta zweifelten demgegenüber die Notwendigkeit einer europäischen Regelung generell an; Italien, Irland, Dänemark, Malta, Griechenland und die Niederlande äußerten substantielle Bedenken. Angemahnt wurde insbesondere die Wahrung des Subsidiaritätsprinzips,

Rechtsklarheit und eine Evaluierung der wirtschaftlichen Folgen der Richtlinie für kleine und mittlere Unternehmen.

<http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/newsWord/en/lsa/103181.doc>

EU-KOMMISSION BESCHLIESST VEREINBARKEITSPAKET

Die Europäische Kommission hat am 03. Oktober 2008 das sogenannte Vereinbarkeitspaket vorgelegt, mit dem es Frauen erleichtert werden soll, Familie und Berufstätigkeit zu vereinen. Das Paket umfasst eine Mitteilung über Work-Life-Balance, einen Vorschlag für eine überarbeitete Richtlinie über den Mutterschutz, einen Vorschlag für eine überarbeitete Richtlinie über selbständig erwerbstätige Frauen und mitarbeitende Ehepartner und einen Bericht über die Kinderbetreuungsangebote in den Mitgliedstaaten. Kernpunkt ist die Ausweitung der Mindestdauer des Mutterschaftsurlaubs von bisher 14 auf 18 Wochen. Während dieser Zeit sollen 100 % des Lohns weitergezahlt werden, die Mitgliedstaaten können aber eine Obergrenze in Höhe des Krankengelds bestimmen. Zu anderen Modellen für Urlaub aus familiären Gründen legt die Kommission derzeit keine Vorschläge vor, um einem laufenden Verhandlungsverfahren der Sozialpartner nicht vorzugreifen. Der Bericht über die Verfügbarkeit von Betreuungseinrichtungen für Kinder im Vorschulalter stellt Versorgungslücken in den Mitgliedstaaten fest. Deutschland liegt für die Altersgruppe bis 3 Jahren „auf mittlerem Niveau“, in der Altersgruppe über 3 Jahre hat die Bundesrepublik das Ziel von 90 %-iger Versorgung übertroffen.

Kritisiert wurde das Vereinbarkeitspaket von der bayerischen Familienministerin Christa Stewens. Sie wies darauf hin, dass die Mitgliedstaaten seitens der EU nicht gezwungen werden dürften, bestimmte Familienmodelle gegenüber anderen zu bevorzugen oder zu benachteiligen.

<http://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=606&langId=de> (Mitteilung Work-Life-Balance)

<http://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=607&langId=de> (Richtlinie Mutterschutz)

<http://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=608&langId=de> (Richtlinie Selbständige)

<http://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=604&langId=de> (Bericht Kinderbetreuung)

EU-KOMMISSION STELLT EMPFEHLUNG FÜR AKTIVE EINGLIEDERUNG BENACHTEILIGTER GRUPPEN IN GESELLSCHAFT UND ARBEITSMARKT VOR

Am 3. Oktober 2008 hat die Europäische Kommission in einer Mitteilung (KOM (2008) 639) und einer damit verbundenen Empfehlung gemeinsame Grundsätze vorgeschlagen, die die Mitgliedstaaten bei der Entwicklung eigener Konzepte zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung unterstützen sollen. Sie stellen einen freiwilligen Rahmen dar und sind nicht verbindlich.

<http://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=612&langId=de>

<http://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=613&langId=de>

ERGEBNISSE DES RATES JUSTIZ UND INNERES AM 25. SEPTEMBER 2008 ZU MIGRATIONSTHEMEN

Die europäischen Innenminister haben auf ihrer Sitzung am 25. September 2008 den Pakt zu Einwanderung und Asyl angenommen und dem Europäischen Rat zugeleitet. Die Verhandlungen zur Richtlinie über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von hochqualifizierten Drittstaatsangehörigen (Blue Card) wurden entgegen der Hoffnung der französischen Präsidentschaft noch nicht abgeschlossen. Der Beschluss über Aufnahmeprogramme für irakische Flüchtlinge wurde erneut vertagt (s. hierzu Bericht aus dem Geschäftsbereich des StMI in diesem EB).

NEUE KOMMISSIONSMITTEILUNGEN ZUR EINWANDERUNGSPOLITIK

Die Europäische Kommission hat am 08. Oktober 2008 drei Mitteilungen zur Einwanderungspolitik angenommen. Sie enthalten keine Vorschläge für neue Rechtsakte, sondern berichten über Entwicklungen in den Bereichen Familienzusammenführung, Integration und Einbeziehung von Migrationsfragen in die EU-Außenpolitik („Global Approach“). Das Paket enthält einen Bericht zur Familienzusammenführungsrichtlinie, eine Mitteilung zum „Global Approach“ und einen Bericht zur Ministerkonferenz über Integration am 3./4. November 2008 in Vichy (s. hierzu Bericht aus dem Geschäftsbereich des StMI in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1473&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Unterricht und Kultus

BILDUNG: KOMMISSION FORDERT ÜBERARBEITUNG DER EUROPÄISCHEN DURCHSCHNITTSBEZUGSWERTE (BENCHMARKS) IM BILDUNGSBEREICH

Die Europäische Kommission hat sich im Vorfeld der Veröffentlichung ihres Vorschlags für einen strategischen Rahmen für die EU-Bildungskooperation nach 2010, der für Mitte Dezember 2008 in Aussicht gestellt wurde, für die Weiterentwicklung bereits bestehender sowie die Schaffung neuer europäischer Durchschnittsbezugswerte (benchmarks) im Bildungsbereich ausgesprochen.

Die Mitgliedstaaten haben mit zahlreichen Einwänden und Vorbehalten auf die Kommissionsinitiative reagiert, besonders kritisch hat sich in diesem Zusammenhang Deutschland eingelassen.

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

KOMMISSION PLÄDIERT FÜR NEUE INTERNATIONALE STRATEGIE

In ihrer Mitteilung „A Strategic European Framework for International Science and Technology Cooperation“, die die von der Kommission geplanten politischen Initiativen, wie sie im Grünbuch „Der Europäische Forschungsraum: Neue Perspektiven“ definiert sind, komplettiert, fordert die Kommission die Mitgliedstaaten auf, gemeinsam eine Strategie für die internationale Zusammenarbeit in Wissenschaft und Technologie zu entwickeln. Hintergrund sind die diversen Internationalisierungsstrategien der Mitgliedstaaten bei Forschungsk Kooperationen mit Drittländern und die dadurch entstehende Doppelarbeit und Verschwendung von Ressourcen.

Mit der neuen internationalen Strategie soll weltweit zur nachhaltigen Entwicklung beigetragen und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit Europas in Wissenschaft und Technologie verbessert werden.

http://ec.europa.eu/research/press/2008/pdf/com_2008_588_en.pdf

EU STARTET MEHRERE GEMEINSAME PROJEKTE MIT DER AFRIKANISCHEN UNION (AU)

Im Zuge eines Treffens von Vertretern der Europäischen Kommission mit Vertretern der Kommission der Afrikanischen Union einigte man sich auf 19 Leuchtturmprojekte, mit denen die Partnerschaft der beiden Gemeinschaften in den Bereichen Wissenschaft, IKT und Raumfahrt nun einen festen Umriss bekommt. Mit der Umsetzung von sechs der 19 Projekte soll unmittelbar begonnen werden. Zur Finanzierung der Maßnahmen können EU-Mittel sowie nationale, regionale oder private Finanzierungsmittel herangezogen werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/08/602&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

SICHERHEITSFORSCHUNG

Für ihre Aufgabe, Europa für seine Bürger sicherer zu machen, stehen der europäischen Sicherheitsforschung derzeit 1,4 Milliarden € aus dem EU-Haushalt zur Verfügung. Gemeinsame Projekte wie EU-SEC II sollen dazu beitragen, passende Strategien für Sicherheitsgefahren zu

entwickeln und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit der EU im Bereich Sicherheitsforschung zu verbessern.

<http://ec.europa.eu/enterprise/security>

<http://www.eu-sec.org/>

NEUESTER UNABHÄNGIGER BERICHT ZU DEN EUROPÄISCHEN TECHNOLOGIE PLATTFORMEN (ETP)

Gemäß dem neuesten unabhängigen Bericht zu den europäischen Technologieplattformen (ETP) besteht bei der Regulierung und Standardisierung der ETPs noch großer Nachholbedarf. Dieser Mangel verhindere momentan eine erfolgreiche Umwandlung der Forschungsergebnisse in neue Produkte und Dienstleistungen. Darüber hinaus kritisiert der Bericht die langsamen Fortschritte, die die ETPs bei der Identifikation des zukünftigen Bedarfs bei Bildung und Training erzielen.

EU-Kommissar Janez Potočnik hob dagegen auf einer Konferenz der europäischen Technologieplattformen den Verdienst der ETPs, zu mehr Investitionen in Forschung und Entwicklung beigetragen zu haben, hervor.

<ftp://ftp.cordis.europa.eu/pub/technology-platforms/docs/evaluation-etps.pdf>

EUROPÄISCHE TAGE DES DENKMALS 2008

Ca. 20 Millionen Besucher nahmen dieses Jahr im Rahmen der Europäischen Tage des Denkmals das Angebot des Europäischen Rats und der Europäischen Kommission wahr, kostenlos historische Denkmäler und Stätten zu besuchen. Besichtigt werden konnten mehr als 30 000 Sehenswürdigkeiten in 49 europäischen Ländern.

Im Zuge einer Pressekonferenz zu den Europäischen Tagen des Denkmals wurde ferner das neu geschaffene europäische Denkmalforum „Heritage and Dialogue“ vorgestellt.

http://www.coe.int/t/dc/files/events/jep/default_DE.asp?

Geschäftsbereich Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz

UMWELTAUSSCHUSS ENVI UNTERSTÜTZT KOMMISSIONSVORSCHLAG ZUM ETS – INDUSTRIE SOLL EMISSIONSRECHTE VOLL BEZAHLEN

Mit großer Mehrheit (44 Ja-Stimmen, 20 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung) hat der Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI) des Europäischen Parlaments

am 07.10.2008 den Vorschlag zur Revision der RL 2003/87/EG zum Treibhausgasemissionshandel (ETS, Emission Trading System) angenommen.

Es bleibt erklärtes Ziel der französischen Präsidentschaft, der Kommission und großer Teile des Parlaments, eine Einigung zum ETS bereits in 1. Lesung zu erzielen.

**PLENUM DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS VOM 22. - 25.9. UND VOM 8. - 9.10.2008-;
ERGEBNISSE AUS DEM BEREICH UMWELT, GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ**

Das Plenum des Europäischen Parlaments (EP) hat auf seiner Tagung vom 22. bis 25.9.2008 in Brüssel u. a. eine Entschließung zum Weißbuch der Europäischen Kommission „Ernährung, Übergewicht, Adipositas: Eine Strategie für Europa“ angenommen. Auf der Tagung vom 8. bis 9.10.2008 in Brüssel hat das EP ferner eine Entschließung zum Weißbuch „Gemeinsam für die Gesundheit: Ein strategischer Ansatz der EU für 2008 - 2013“ verabschiedet.

Ernährung, Übergewicht, Adipositas:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2008-0461+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Europäische Gesundheitsstrategie:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2007:0630:FIN:DE:PDF>

**KOMMISSION LEITET PHASE II DER TEEB-STUDIE ZU WIRTSCHAFTLICHEN
AUSWIRKUNGEN DES VERLUSTES DER ARTENVIELFALT EIN**

Die Europäische Kommission hat am 01.10.2008 erneut dazu aufgerufen, Nachweise für die wirtschaftlichen Auswirkungen des Verlustes der Artenvielfalt und von sog. „ökosystemaren Dienstleistungen“ vorzulegen. Zum Abschluss von Phase I der globalen TEEB-Studie „Die Ökonomie von Ökosystemen und der Biodiversität“ (TEEB, The Economics of Ecosystems and Biodiversity) werden alle interessierten Kreise aufgerufen, Beiträge, insbesondere in Form von wissenschaftlichen Gutachten, Berichten und Studien, an die Kommission zu senden. Die Beiträge können bis zum 31.03.2009 eingereicht werden.

http://ec.europa.eu/environment/nature/biodiversity/economics/index_en.htm

**EUROPÄISCHE KOMMISSION SCHLÄGT VERLÄNGERUNG DES
MUTTERSCHAFTSURLAUBES VOR**

Am 03. Oktober 2008 hat die Europäische Kommission einen Vorschlag (KOM(2008) 600/4) vorgestellt, der u. a. die Verlängerung der Mindestdauer des Mutterschaftsurlaubes von 14 auf 18 Wochen beinhaltet. Dieser Vorschlag ist Teil eines Maßnahmenpakets, welches zum Ziel hat, es

Frauen zu erleichtern, Berufstätigkeit und Familie zu vereinbaren (sog. „Vereinbarkeitspaket“, siehe hierzu Beitrag des StMAS in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1450&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

KOMMISSION BESCHLIEßT RAHMENRICHTLINIE ZUM VERTRAGLICHEN VERBRAUCHERSCHUTZ

Die Kommission hat am 8.10.2008 einen Vorschlag für eine Rahmenrichtlinie zum vertraglichen Verbraucherschutz vorgelegt. Die vorgeschlagene Verbraucherrechtsrichtlinie vereinfacht vier bestehende EU-Richtlinien zum Verbraucherschutz und reformiert das bestehende europäische Verbraucherrecht sowohl für Einkäufe im Internet als auch im Geschäft grundlegend (s. hierzu Beitrag des StMJ in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1474&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/08/609&format=HTML&aged=0&language=EN>

Geschäftsbereich IuK- und Medienpolitik

MITTEILUNG DER KOMMISSION: EUROPÄISCHE PERSPEKTIVEN DER NEUEN INTERNETGENERATION WEB 3.0

Am 29. September veröffentlichte die Europäische Kommission eine Mitteilung „über künftige Netze und das Internet“, in der sie die Entwicklung der Informationstechnologie in den kommenden Jahren skizziert und ihre Ansätze zur Bewältigung der damit verbundenen Herausforderungen vorstellt. Die Mitteilung reiht sich in den Kontext der Initiative i2010 ein, in deren Zuge der Ausbau von Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) gefördert werden soll. Begleitet wird sie von Arbeitspapieren zur Breitband-Internetversorgung in den Mitgliedsstaaten und der neuen Generation des „Internet der Dinge“ sowie einer öffentlichen Konsultation, in der sich die europäischen Bürger zum Thema äußern können.

Mitteilung der Kommission über künftige Netze und das Internet:

http://ec.europa.eu/information_society/eeurope/i2010/docs/future_internet/act_future_networks_internet_de.pdf

Arbeitspapier zum Breitbandleistungsindex:

http://ec.europa.eu/information_society/eeurope/i2010/docs/future_internet/swp_bpi.pdf

Arbeitspapier zum „Internet der Dinge“:

http://ec.europa.eu/information_society/eeurope/i2010/docs/future_internet/swp_internet_things.pdf

INITIATIVE DER EU-KOMMISSION GEGEN ÜBERHÖHTE ROAMINGGEBÜHREN

Die Europäische Kommission hat am 23. September einen Vorschlag zur Senkung der Roaminggebühren veröffentlicht, der zum 01. Juli 2009 in Kraft treten soll. Ihm zufolge würde der Preis für eine grenzüberschreitende SMS bei maximal elf Cent liegen, auch die Gebühren für Datentransfer und mobiles Telefonieren sollen sinken. Gegenwärtig prüfen Rat und Parlament, ob sie dem Änderungsvorschlag zustimmen werden.

http://ec.europa.eu/information_society/activities/roaming/regulation/index_en.htm#new_rules

Vorschlag der Kommission für die Neufassung der Roaming-Verordnung:

http://ec.europa.eu/information_society/activities/roaming/docs/regulation/reg_de.pdf

Weitere Informationen:

http://ec.europa.eu/information_society/activities/roaming/docs/regulation/summary_de.pdf

http://ec.europa.eu/information_society/activities/roaming/docs/regulation/comm_de.pdf

KOMMISSION FORDERT VERBESSERTEN SCHUTZ FÜR ZUGANGSKONTROLLDIENSTE IM BEREICH AUDIOVISUELLE MEDIEN

Die Europäische Kommission veröffentlichte am 06. Oktober ihren zweiten Bericht über die Umsetzung der Zugangskontrollrichtlinie (RL 98/84/EG). In ihm kommt sie zu dem Ergebnis, dass nach wie vor die Notwendigkeit besteht, den Zugang zu kostenpflichtigen audiovisuellen Diensten auf Gemeinschaftsebene zu regeln, andernfalls sei die Ausbreitung neuer Technologien wie Mobiles Fernsehen oder Videostreaming bedroht.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1462&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/internal_market/media/elecpay/index_de.htm

Text des Berichts:

HTTP://EC.EUROPA.EU/INTERNAL_MARKET/MEDIA/DOCS/ELECPAY/593_DE.PDF